

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens,

Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Lehrstuhl Makroökonomik und Jean Monnet Professor für Europäische Wirtschaftsintegration an der Bergischen Universität Wuppertal, Rainer-Gruenter-Str. 21, D-42119 Wuppertal; Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po, Paris, Research Fellow, IZA, Bonn; Non-Resident Senior Fellow at AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC; eingeladener Sachverständiger bei der UN, beim IMF, dem Europäischen Parlament, dem Deutschen Bundestag, der Bundesnetzagentur und dem US-Senat.



0202 439 1371 welfens@eiiw.uni-wuppertal.de, www.eiiw.eu

05.02.2019

HeilsGrundrenteKRITIKeiiwWelfensFeb2019.docx

Heils Grundrente übersieht ökonomisches 1x1

Der Bundesarbeitsminister Heil hat in einem Positionspapier vorgeschlagen, Zuschläge von bis zu 447€ pro Monat für Arbeitnehmer mit mindestens 35 Erwerbs- bzw. Pflichtjahren zu gewähren: diese müssen in Beschäftigung, Kindererziehung oder Pflgetätigkeit erbracht worden sein, wobei auf eine Bedürftigkeitsprüfung verzichtet werden soll. Davon profitieren sollen 3-4 Millionen Menschen, wobei der Minister die Kosten für eine monatliche Grundrente von gut 900 € auf etwa 6 Mrd. als Kosten der Steuerzahler bezifferte.

Dieser Ansatz ist ökonomisch weithin verfehlt und kostet den Staat längerfristig – bei Beachtung langfristiger Wachstumseffekte – noch etwa 7 Milliarden Euro und die Bürger noch mehr, was sich aus dem gesamtwirtschaftlichen Einkommensdämpfungseffekt von Heils Projekt ergibt. Der Minister übersieht, dass eine steuerfinanzierte Grundrente folgendes Doppelproblem aus einer ökonomischen Wachstumsperspektive ergibt:

1. Es sinkt der Anreiz für einen Teil der Arbeitnehmer, sich selbst um einen ökonomischen Aufstieg zu bemühen, der mit höheren Einkommen und Beiträgen an die Sozialkasse einhergeht. Arbeitnehmer, die etwa 30 bis 34 Jahre Rentenbeiträge eingezahlt haben, dürften im Fall von Geringeinkommensbeziehern schlechter dastehen, als die von Heil begünstigte Gruppe mit 35 Jahren Beschäftigung ohne eigene versicherungsmathematisch übliche und notwendige Beiträge. Für viele Arbeitnehmer, erst recht die von Heil begünstigte Gruppe – bisher noch sparend - ergeben sich nun geringere Arbeits-, Weiterbildungs- und Sparanreize. Ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Sparquote von 20% auf 19,8% vermindert das reale Bruttoinlandsprodukt um 0,5% und damit auch das Pro-Kopf-Einkommen aller 83 Millionen Einwohner entsprechend. Das bedeutet einen Rückgang des Realeinkommens um ca. 17 Milliarden Euro und entsprechend eine Verminderung der Steuer- und Sozialeinnahmen um 7 Milliarden Euro – für den Staat liegen da schon die echten Budgetkosten eher bei 13 Mrd. €, nicht etwa bei Heils genannter Größenordnung. Das ist hier

auf Basis eines kombinierten Steuer- und Sozialabgabensatzes von 40% in Deutschland berechnet.

2. Es muss zur Finanzierung von Heils Grundrente der durchschnittliche Steuersatz angehoben werden. Auch die entsprechende Anhebung des Einkommenssteuersatzes vermindert das langfristige Pro-Kopf-Einkommen; wieder sinken die Sparquote sowie das langfristige Realeinkommen: Die Ersparnis ist ja proportional zum verfügbaren Einkommen; und weniger Ersparnis makroökonomisch heißt weniger Kapitalbildung und daher auch verminderter Produktivitätszuwachs. Also gibt es noch weitere Kosten der Grundrente.

Selbst wenn die Einführung von Heils Grundrente die Sparquote nur um 0,5 Prozentpunkte vermindert – aber in der alternden Gesellschaft ab 2025 steigt die Zahl der Begünstigten der Heil-Regelung rasch -, sind hohe langfristige volkswirtschaftliche Kosten der Grundrente zu bedenken. Diese sind ehrlicherweise gegenüber der Wählerschaft auch zu benennen, gerade in einer professionellen Sozialpolitik ist es wichtig, die langfristigen Wirkungen mit im Blick zu haben.

Heils Grundrente wird am Ende einigen Rentnern nützen, der Mehrzahl der Arbeitnehmer und Beitragszahler jedoch deutlich schaden; und die Soziale Marktwirtschaft beschädigen. Es ist unverständlich, dass aus dem Sozialministerium derart undurchdachte Vorschläge kommen – mit angegebenen Kosten, die nicht einmal die Hälfte der tatsächlichen ökonomischen Kosten darstellen. So wenig ökonomische Rationalität kann und sollte sich die alternde Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nicht leisten. Wer naive Rentenreformen macht, spielt am Ende den Populisten in die Hände. Wer nur gesinnungsethisch Wohlfühlpolitik machen will und die Gesamtkosten nicht benennt, versteht nicht, wie die Entscheidungsalternativen der Politik in Wahrheit aussehen, wird seiner Verantwortung nicht gerecht und verliert politisches Vertrauenskapital. In einer Wunschdenken-Republik gibt es auf Dauer keinerlei Demokratie, denn diese lebt vom politischen Wettbewerb auf Basis von Argumenten, Fakten und Sachkenntnis. Wer sich um Fachkenntnis und Fakten nicht kümmert, kann keine sicheren Autos und sichere Rentensysteme schon gar nicht.

Es gibt eine bedenkliche Schwäche des Westens seit dem Ende des Kalten Krieges, der zugleich des Aufbruch der Internetgesellschaft mit einem digitalen Populismus markiert; während das Ende des Kalten Krieges in vielen Ländern zu weniger politischer Disziplin geführt hat (man denke nur an Griechenlands absurd hohe Defizitquote unter einer Konservativen-Regierung in 2009). Internet-Expansion hat wirtschaftliche viele Vorteile, aber politisch den Nachteil, dass das Konzert der Wunschdenker wegen deren digitaler Vernetzung lauter und einflussreicher wird. Die Sozialpolitik ist der größte Ausgabenblock im ganzen Bundeshaushalt. Da hätte man immerhin erwarten müssen, dass Minister Heil nicht einfach nur die budgetären Kosten von 6 Mrd. € nennt, sondern wenigstens einige Überlegungen zu den volkswirtschaftlichen Kosten vorgetragen hätte. Indem er das nicht tat, offenbarte er einen sonderbaren, unverantwortlichen Kompetenzmangel an der Spitze des Arbeits- und Sozialministeriums. Es ist bei der Bekämpfung von Altersarmut niemandem geholfen, wenn das Ministerium sich offenbar keine Gedanken macht, welche Effekte die Einführung einer „Respekt-Rente“ bei der volkswirtschaftlichen Ersparnis. Ohne Beachtung von Wachstumsfragen und letztlich Respekt vor Adam Riese und Adam Smith kommt man in der Sozial- und Wirtschaftspolitik jedenfalls nicht weit – in der langfristig angelegten Rentenpolitik schon gar nicht.